

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Preis: monatlich 3 Reichsmark (halbjährlich 15 Reichsmark), durch die Post bezogen monatlich 2 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-III / Geschäftsstelle u. Expedition: Postfach 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfach 18690 Dresden-III / Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-III, Ostbahnhofstr. 2 / Fernschreiber: Amt Dresden Nr. 17259 / Druck: Arbeiterstimme
Druckort: Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die einmal getippte Kopierschrift oder deren Raum 0,25 Reichsmark, für Familienanzeigen 0,20 Reichsmark für die Reklameweile anschließend an den dreiwöchigen Teil einer Tageszeitung 1,50 Reichsmark / Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Ostbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 6. März 1928

Nummer 56

Die Wahlen in Polen

Kommunistischer Vormarsch

troz unerhörtem Wahlterror der Pilsudski-Regierung

Die am vergangenen Sonntag in Polen stattgefundenen Kommunalwahlen haben infolge eines beispiellosen Terrors der Pilsudski-Regierung gegen alle oppositionellen Parteien, vor allem natürlich gegen unsere polnische Arbeiterpartei, einen „Sieg“ der Regierungspartei ergeben. Auf welche Art und Weise der „Sieg“ Pilsudskis zustande gekommen ist, geht mit genügender Klarheit aus den Berichten der bürgerlichen Presse hervor. So schreibt z. B. die Pilsudski-Zeitung über den Verlauf des polnischen Wahlkampfes: „Die amtliche Wahlbeeinflussung ist den Pilsudskisten vor allem in den Ostgebieten zugute gekommen, wo Hunderttausende von ukrainischen und weißrussischen Stimmen aus den verschiedenartigsten karmaten Gründen unglücklich blieben, während in denselben Wahlkreisen die Regierungskandidaten mit viel geringeren Stimmziffern alle Mandate errangen.“

Trotz dieser Unterdrückungsmethoden und eines ungläublichen Terrors des polnischen Faschismus verzeichnet die kommunistische Partei Polens bei diesen Wahlen einen glänzenden Erfolg. Alle Berichte der bürgerlichen Presse müssen das bestätigen. Die Pilsudski-Zeitung schreibt: „Der erwartete Aufbruch nach links ist zwar eingetreten, hat aber zum Teil die Sozialdemokraten überzogen und ist trotz härtester Wahlbeeinflussung den Kommunisten zugute gekommen.“

Die IL berichtet: „Die Kommunisten haben ihren Anhang mehr als verdoppelt, obwohl sie fast keine offene Propaganda treiben konnten.“

Das Moskauer Telegraphen-Bureau schreibt: „Erfolg gewonnen haben die Kommunisten, vor allem in den Städten und in den Kohlenrevieren von Dombrowa.“

Das Berliner Tageblatt berichtet: „Bemerkenswert ist, daß die Kommunisten, trotzdem der größte Teil ihrer Abgeordneten hinter Schloß und Riegel ist und die Hälfte ihrer Listen annulliert worden ist, auf Kosten der Sozialdemokraten geklärt aus den Wahlen hervorgehen.“

Die Kreuzzeitung schreibt: „Wenn auch die Zahl der Kommunisten in dem Gesamtergebnis nicht auffallend hoch erscheint, so ist ihre Zahl in Kongresspolen und den Westgebieten bei harten Vorzeichen der Regierung außerordentlich hoch geblieben.“

Nur der Vorwärts hat, daß die Kommunisten „weit zurückgeblieben“ sind. Und die Dresdner Volkszeitung schreibt gestern: „Die Kommunisten erleiden, wie es zu sehen scheint, ebenso wie die Nationaldemokraten, überall Verluste.“

Wie hart der Terror des polnischen Faschismus gegen die Kommunisten war, zeigt die Tatsache, daß, mit Ausnahme von zwei bis drei Städten, keine kommunistische Liste

zugelassen wurde. Dort aber, wo eine solche zur Abstimmung kam, wurde jede Wahlagitator verboten. Es durften keine legalen Wahlversammlungen stattfinden, keine Flugblätter u. Kufuren verteilt werden. Zudem stimmten die Massen in Warschau und vor allem in den Industriekreisen für die Kommunisten.

Der Wahlsieg Pilsudskis ist eine große Gefahr für die Arbeiterklasse. Die Lösung der wirtschaftlichen Fragen, der unterdrückten Nationalitäten Polens und des internationalen Proletariats gegenüber der faschistischen Diktatur in Polen ist jetzt: Der Sieg der Pilsudski-Regierung ist die härteste Drohung gegen Sowjetrußland und gegen die Arbeiterklasse der polnischen Nachbarstaaten.

Die Sozialdemokratie aber bereitet sich auf die Koalition mit Pilsudski vor. Der Vorwärts beginnt mit einer Verherrlichung des faschistischen Regimes in Polen. Er findet es begreiflich, daß die breiten Massen in Polen in Pilsudski den nationalen Heroen

leben und das Vertrauen zum Parlament verloren haben. Der Wahlsieg Pilsudskis bedeutet eine „Abkehr von dem Uebernationalismus“ und einen „Wille zur Verständigung mit den Nachbarvölkern“.

Das Wahlergebnis

Berlin, 6. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Nach einem Bericht aus Warschau legt sich der neue polnische Sejm wahrscheinlich wie folgt zusammen:

Pilsudskiblock	130	(—)
Regierungsfreundliche Bauernpartei	20	(25)
Sozialdemokraten	60	(41)
Kleinbauern	35	(26)
Nationaldemokraten u. Christl.-Nationalen	40	(120)
Großbauern und Christl.-Demokraten	35	(34)
Kommunisten u. fremdbildliche Kleinbauern	25	(15)
Nationaler Arbeiterblock	85	(80)

Es fehlen noch 3 von 64 Wahlkreisen. In Warschau erhielt der Pilsudskiblock 6, die Sozialdemokraten 1, die Kommunisten 2, der national-demokratische Rechtsblock 1, der Arbeiterblock 1 Mandat. Die Kommunisten verdoppelten ihre Stimmen und gewannen 1 Mandat. Die Sozialdemokraten verloren 40 Prozent der Stimmen und 2 Mandate. In Lodz erhielten die Kommunisten 2, die Sozialdemokraten 3, Pilsudski 1 Mandat.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie

Der Werkzeugmacherstreik in Berlin, den die Berliner Metallindustriellen mit der Auspernung von Zehntausenden anderen Metallarbeitern beantworteten, ist ein Teil des Kampfes der gesamten Berliner Metallarbeiterchaft um die Erhöhung ihrer Löhne. In Berlin besteht seit Jahren keine tarifliche Lohnregelung mehr. Eine allgemeine einheitliche Bewegung im Herbst des vergangenen Jahres wurde von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukratie ohne jedes Ergebnis abgebrochen, weil eine Konkurrenz der Funktionäre der Betriebe des Verbandes Berliner Metallindustrieller, die circa 200 000 Metallarbeiter umfassen, einen Antrag der sozialdemokratischen Ortsverwaltung, den Schlichter anzurufen, ablehnten, da die Funktionäre in ihrer Mehrheit nach den Erfahrungen mit den Schlichtungsinstanzen die Durchsetzung der Forderungen der Metallarbeiterchaft durch den Streik forderten.

Die damalige Versammlung wurde von der Bureaukratie, nachdem ihr Antrag abgelehnt wurde, kurzerhand abgebrochen.

Unter der Initiative der Opposition wurde dann die von den Reformisten abgebrochene Lohnbewegung von den unter dem Einfluß der Opposition stehenden Branchen weitergeführt, und zwar waren es zunächst die Formier-

die eine Forderung von 15 Pfennig pro Stunde Zulage aufstellten und nachdem die Unternehmer die Forderung ablehnten, mit großer Majorität den Streik beschlossen. Gegen den heftigen Widerstand der Formier lief die sozialdemokratische Ortsverwaltung zum Schlichter. Das Ergebnis war eine Empfehlung, sich zu verständigen auf der Grundlage von „etwa 6 Pfennig“ Lohnserhöhung. Dieses elende Ergebnis wurde von der Bureaukratie angenommen.

Im Anschluß daran traten die Werkzeugmacher wieder unter der Initiative der Opposition, in eine Lohnbewegung mit der Forderung von 1,50 Mark Mindestlohn in der 1. Lohnklasse und Abschaffung der Akkordarbeit. Nach verschiedenen ergebnislosen Verhandlungen beschloß die Werkzeugmacher in einer Urabstimmung mit circa 90 Prozent den Streik. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie verhinderte jedoch die Durchführung des Streikbeschlusses und ließ zum Schlichter. Der Schiedsspruch brachte jedoch kein Ergebnis, sondern nur die Empfehlung, auf betrieblicher Grundlage weiter zu verhandeln. Trotz alledem sabotierte die Ortsverwaltung die Durchführung des Streikbeschlusses und weigerte sich beharrlich, die aus allen Betrieben erhobene Forderung auf Einberufung einer Branchenversammlung durchzuführen. Die Ortsverwaltung, unter Führung des berüchtigten Zisa erklärte kategorisch: bei der Lage in Mitteldeutschland habe keine Branchenversammlung und keine andere Stelle das Recht, einen anderen Beschluß zu fassen und andere Maßnahmen zu ergreifen, als die Ortsverwaltung und der Hauptortstand es billigen.

Nach Abbruch des Streikes in Mitteldeutschland sah sich auch die Ortsverwaltung gezwungen, dem Druck der Werkzeugmacher, die sich in einer ungeheuren Empörung befanden, nachzugeben. Ohne eine Branchenversammlung der Werkzeugmacher zu befragen, zog sie aber nur die Werkzeugmacher einiger Betriebe in den Streik, wiederum trotz des heftigen Widerstandes aus den Reihen der Werkzeugmacher, die den Streik aller Kollegen verlangten. Die Bureaukratie zeigt in ihrer Taktik, daß sie feinen einheitlichen Werkzeugmacherstreik will, und auch gar nicht die Absicht hat, die von den Werkzeugmachern aufgestellten Forderungen auf einheitliche Regelung der Löhne, Durchsetzung von Mindestlöhnen und Abschaffung der Akkordarbeit durchzuführen. Das geht auch daraus hervor, daß sie vor Ausbruch des Streikes die Anweisung gab, betriebweise zu verhandeln, und zwar nicht auf der Grundlage der Forderungen der Branchenversammlung, sondern auf der Grundlage eines vom Schlichter gemachten Vorschlags, als Durchschnittslohn (!) für die Werkzeugmacher 1,25 Mark pro Stunde zu nehmen. Also schon von vornherein ein lausiger Versuch auf die Forderungen der Werkzeugmacher. Außerdem ist aber zum Beispiel bei Vorliegen einer betrieblichen Vereinbarung von den SD-Funktionären geschlossen, die lediglich einige Pfennige Zulage vorlehrt, aber sonst vollkommen die Forderungen unerfüllt läßt. Jetzt sagt die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie, daß sie bereit sei, mit einem Teil der Unternehmer Sonderverhandlungen einzugehen, wie sie auch bereit ist, in den einzelnen Betrieben Sonderabmachungen zu treffen. Sie will also keine einheitliche Werkzeugmacherbewegung, sie will nicht einmal den letzten Teilstreit, der bereits zur Auspernung von Zehntausenden geführt hat, betonen zum Kampf um eine einheitliche

Der Schlichter greift ein

Morgen Schlichtungsverhandlungen im Werkzeugmachereampf / Die Reformisten bliesen zum Rückzug

Berlin, 6. März. (Eig. Drahtmeldung.)

Nachdem die Berliner Metallindustriellen bisher in provokatorischer Weise ungefähr 50 000 bis 75 000 Metallarbeiter ausgepernt haben, erfolgt jetzt prompt das Eingreifen des Reichsarbeitsministers „um den Kampf“ der Berliner Metallindustrie beizulegen. Für morgen Mittwoch sind diesbezügliche Verhandlungen vor der Berliner Schlichtungskammer vorgesehen. Trotz der Kampfstimmung der Werkzeugmacher und der gesamten Berliner Metallarbeiterchaft eine glänzende ist und sie nach der Erweiterung der Kampffront gegenüber den Unternehmern verlangen, vollziehen die reformistischen DMB-Führer schon jetzt einen Rückzug. Und damit ihre völlige Kapitulation vor den Metallindustriellen in den kommenden Mittwochsverhandlungen reibungslos vor sich gehen kann, ermuntert der gestrige Abend-Vorwärts die Unternehmern, doch ein klein wenig ihren hartnäckigen Standpunkt aufzugeben. Gewissermaßen um den Unternehmern die Bereitwilligkeit der DMB-Führer zur friedlichen Beilegung des Konfliktes zu zeigen, teilt der Abend-Vorwärts mit, „daß die Organisationsleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus Rücksicht auf die kommenden Schlichtungsverhandlungen beschlossen hat, von weiteren Arbeitsniederlegungen in größerem Umfang, die für heute Dienstag vorgesehen waren, bis nach den Verhandlungen zu verzichten.“

Damit nicht genug. Die DMB-Führer geben in demselben Artikel des Abend-Vorwärts den Metallindustriellen bereits jetzt einen Fingerzeig, wie in den kommenden Mittwochsverhandlungen auf Kosten der Berliner Metallarbeiterchaft am besten ein Uebereinkommen erzielt werden

kann. Sie sind schamlos genug, als Grundlage für die kommenden Einigung sich bereit zu erklären, die Forderung der Werkzeugmacher nach der Beilegung der Akkordarbeit fallen zu lassen. Dazu schreibt der Abend-Vorwärts:

Wir haben bereits festgestellt, daß der DMB bereit war, den Vorschlag des Generalarbeiters Koerner auf Abschluß eines Akkordarbeits annehmen und somit seine (des DMB) Forderung auf vollständige Beilegung der Akkordarbeit fallen zu lassen. Soweit Akkordarbeit gemacht werden kann, will der DMB diese Akkordarbeit zulassen... (1)

Wenn es sich bei den Unternehmern um ein Uebereinkommen handeln sollte (da die Unternehmern diesen Vorschlag Koerners in den vorigen Schlichtungsverhandlungen am Freitag ablehnten), dann werden sie ja am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium Gelegenheit haben, dieses Uebereinkommen zu berichtigen... (1)

Es wird der ganzen Energie der Berliner Metallarbeiterchaft bedürfen, um den DMB-Führern, die durch die obigen Ausführungen des Vorwärts klar zeigen, daß sie in eklatanter Weise die Forderungen der Werkzeugmacher und der Berliner Metallarbeiterchaft verraten wollen, diese Absichten zu durchkreuzen, und in verstärkter Weise in allen Betrieben Beschlüsse annehmen, die sich für die Aufrechterhaltung und Durchsetzung der Forderungen der Metallarbeiterchaft auch gegen eine eventuelle Verbindlichkeitsklärung eines Spruches der Schlichterkammer am kommenden Mittwoch aussprechen. Das Berliner Tageblatt weist schon heute darauf hin, daß im Falle der Ablehnung eines Schiedsspruches dieser Schlichterkammer der Schlichter für Groß-Berlin, der Sozialdemokrat und Reichswirtschaftsminister a. D. Wiffel, denselben für verbindlich erklären kann.